

"Das Dach reparieren, solange die Sonne scheint."

EUROPÄISCHER RATSGIPFEL AM 14./15. DEZEMBER 2017

„Wir haben damit begonnen, unser Dach zu reparieren. Aber wir müssen diesen Job zu Ende bringen (...) solange die Sonne scheint“, hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union dieses Jahr in Straßburg bereits erklärt. Der letzte Europäische Ratsgipfel des Jahres am 14. und 15. Dezember 2017 stand unter diesem Stern. Ein halbes Jahr nach dem Beginn der Brexit-Verhandlungen zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Vereinigten Königreich beschlossen die Staats- und Regierungschefs den Übergang zur zweiten Verhandlungsphase. Der Gipfel stand auch im Zeichen der Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), die vor kurzem offiziell verabschiedet wurde und im Rahmen derer die Mitgliedsstaaten erstmals dauerhaft militärisch zusammenarbeiten. Die für die Zukunft der EU entscheidenden Themen Migration und Wirtschafts- und Währungsunion wurden teils kontrovers diskutiert. Konkrete Entscheidungen in diesen Bereichen sollen in der ersten Jahreshälfte 2018 gefällt werden.

Von einer „außerordentlichen Einigkeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten in den letzten Monaten“ sprach Ratspräsident Tusk in seinem Einladungsschreiben. Bezeichnenderweise war es Tusk selbst, der just wenige Tage vor dem Gipfel mit Kritik an der von der EU-Kommission und einigen Mitgliedsstaaten verfolgten Quotenregelung in der Migrationsfrage für Zwist zwischen den Teilnehmern sorgte.

In den Bereichen Brexit und Verteidigung traten die EU-27 dagegen tatsächlich geschlossen auf. Mit Bezug auf die

beschlossene Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich sprach der Präsident des Europäischen Parlamentes, Antonio Tajani, von einem „historischen Schritt“. Am Rande des Gipfels unterzeichneten Tajani, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sowie Jüri Ratas als Vertreter der estnischen Ratspräsidentschaft eine gemeinsame Erklärung zu den legislativen Prioritäten der EU für das Jahr 2018, darunter auch eine Reform des gemeinsamen Asylsystems.

Der Gipfel fand unter der von Tusk ausgearbeiteten Leaders' Agenda statt, einem thematischen und organisatorischen Fahrplan für die Ratssitzungen der nächsten anderthalb Jahre. Die neue Arbeitsweise unter der Leaders' Agenda sieht vor, dass die Staats- und Regierungschefs zuerst möglichst offen diskutieren und dabei auch potentielle Kontroversen nicht scheuen, wobei offizielle Schlussfolgerungen vom Ratspräsidenten erst für spätere Sitzungen auf Grundlage dieser Diskussionen erarbeitet werden. Die Themen Migration und Wirtschafts- und Währungsunion wurden unter diesen Prämissen besprochen.

1. Sicherheit und Verteidigung

Hintergrund:

Am 13. November brachten 23 EU-Mitgliedsstaaten die Ständig Strukturierte Zusammenarbeit (*Permanent Structured Cooperation*, PESCO) auf den Weg, innerhalb derer die teilnehmenden Länder im Verteidigungsbereich enger kooperieren können. Außenbeauftragte Mogherini sprach von einem „historischen Tag für die europäische Verteidigung“. Zwei weitere Länder schlossen sich PESCO an, bevor diese endgültig am 11. Dezember vom Rat der EU angenommen wurde. Zeitgleich nahmen die involvierten Mitgliedsstaaten eine Erklärung an, die 17 Pilot-Projekte herausstellt, die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

innerhalb von PESCO realisiert werden sollen. Bundesverteidigungsministerin von der Leyen lobte die Einrichtung von PESCO, die es der Union ermögliche, sich sicherheitspolitisch eigenständig aufzustellen.

Dass die Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stets in einen transatlantischen Kontext eingebunden und stark mit der NATO verknüpft ist, verdeutlichte die am 05. Dezember veröffentlichte Schlussfolgerung über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO. Auf Grundlage eines vom Rat verabschiedeten Paketes mit neuen Vorschlägen zur Kooperation der Bündnispartner sollen weitere Fortschritte im Aufbau gemeinsamer Sicherheitsstrukturen erzielt werden. Das beinhaltet unter anderem die verstärkte Bekämpfung von hybriden Bedrohungen, den Ausbau der Verteidigungsfähigkeiten und die Stärkung des Dialogs zwischen der EU und NATO. Entscheidend sei, so NATO Generalsekretär Stoltenberg bei einer Pressekonferenz, dass die Kapazitäten beider Bündnispartner kohärent seien.

Ergebnisse:

Der Europäische Rat begrüßte die Einführung von PESCO und fordert eine möglichst rasche Umsetzung der ersten Projekte im Rahmen der neuen Zusammenarbeit. Weiter gefordert wurden die Umsetzung der neu beschlossenen Maßnahmen im Rahmen der Kooperation zwischen der EU und der NATO sowie der Ausbau des Europäischen Verteidigungsfonds. Mit Bezug auf PESCO sprach Ratspräsident Tusk von einem Traum, der lange unrealistisch gewesen sei. „Heute wird dieser Traum wahr,“ so Tusk. Außenbeauftragte Mogherini sagte, sie werde für das nächste EU-Budget eine Finanzierung vorschlagen, die den europäischen Ansprüchen im Verteidigungsbereich entspreche: „Die Welt braucht die EU als starken Spieler.“

Kommentar:

Die Einführung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit ist ein bedeutender Schritt und ein wichtiges Zeichen, dass die EU-27 die durch den Brexit entstandenen Chancen nutzen möchte. Für Ratspräsident Tusk, der in den letzten Wochen immer wieder die

Einheit der EU-27 hervorgehoben hatte, ist es ein wichtiger Erfolg, dass sich fast alle Staaten an der Zusammenarbeit beteiligen. Tusk wird versuchen, diesen Erfolg zu nutzen, um die Mitgliedsstaaten auch in anderen Fällen zu einer gemeinsamen Arbeit zu bewegen. Im Fall von PESCO wird sich nun in der Umsetzung der 17 vereinbarten Projekte zeigen, ob die Zusammenarbeit in einem solch großen Kreis problemlos funktioniert. Bemerkenswert am Gipfel war weiterhin die Teilnahme des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg, die gezeigt hat, dass die Sicherheitspolitik der EU, trotz verstärkter interner militärischer Zusammenarbeit, weiter im NATO-Kontext eingebettet bleibt. Umgekehrt unterstreicht die Tatsache, dass die Teilnahme Stoltenbergs in der Perception des Gipfels wenig Aufmerksamkeit erregt, wie selbstverständlich die EU-NATO-Kooperation für die Beteiligten geworden ist.

2. Soziales, Bildung und Kultur

Hintergrund:

Am 17. November 2017 kamen die Staats- und Regierungschefs zum Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum in Göteborg zusammen. Bei diesem Treffen verkündeten sie die Europäische Säule sozialer Rechte, eine Erklärung in 20 Grundsätzen über Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen sowie sozialen Schutz und Inklusion. Der Gipfel war bildete auch den Rahmen für ein informelles Mittagessen über Bildung und Kultur, das anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des europäischen Austauschprogramms Erasmus unter der Leitung von Ratspräsident Donald Tusk stattfand. Dieses Mittagessen war das erste Zusammentreffen unter der von Tusk erarbeiteten Leaders' Agenda und somit ein wichtiger Test für die neue Arbeitsweise des Europäischen Rates. Die wenig kontroversen Themen Bildung und Kultur boten sich als geeigneter Test für das neue Vorgehen. Entsprechend endeten sowohl der Gipfel als auch die informelle Sitzung des Rates in Göteborg ohne offizielles Abschlussdokument.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

Ergebnisse:

Auf Grundlage der Diskussionen in Göteborg verabschiedete der Rat am 14. Dezember 2017 die Schlussfolgerungen im Bereich Soziales, Bildung und Kultur. Gefordert wurde zunächst eine rasche Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte auf den Ebenen der EU und der Mitgliedsstaaten sowie weiterer Fortschritt in der Frage der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern. Im Bereich Bildung forderte der Rat die Stärkung und den Ausbau des Erasmus-Programms und transnationaler Partnerschaften, den Aufbau von Europäischen Universitäten, die Einführung eines europäischen Studentenausweises sowie eine verbesserte Kooperation bei der wechselseitigen Anerkennung von Bildungsabschlüssen.

Kommentar:

Hinsichtlich der konkreten Ergebnisse bot der Gipfel wenig Überraschendes, bestand doch bereits beim Treffen in Göteborg weitgehende Einigkeit. Trotz der sicherlich aufrichtigen Bekundungen und Absichtserklärungen im Abschlussdokument, bleiben die Themen Bildung, Kultur und Soziales für den Europäischen Rat Felder ohne große Kompetenz. Möglicherweise nutzte Tusk gerade deshalb selbige für die Erprobung der neuen Arbeitsweise des Rates. Zunächst scheint dies erfolgreich verlaufen zu sein: Nach einer offenen Diskussion bereitete der Ratspräsident die Schlussfolgerungen vor, die ohne nennenswerte Änderungen angenommen wurden. Trotzdem weiß auch Tusk, dass bei solch wenig kontroversen Themen kaum etwas anderes zu erwarten war. Ob die neue Arbeitsweise ein Erfolg wird, werden erst die Themen Migration und Wirtschafts- und Währungsunion zeigen.

3. Migration

Hintergrund:

Seit dem Abschluss des EU-Türkei-Abkommens im März 2016 und dem damit verbundenen deutlichen Rückgang der illegalen Überfahrten über die östliche Mittelmeerroute steht nun die zentrale Mittelmeerroute (zwischen Libyen und Italien) vermehrt im Fokus. Obwohl ein Rückgang der Flüchtlingszahlen festzustellen ist,

haben dort auch im Jahr 2017 bereits mehr als 100.000 Menschen das Meer überquert. Der seit dem Jahr 2014 andauernde libysche Bürgerkrieg und das daraus entstandene Machtvakuum im Land erlauben Schmugglern nahezu freie Hand.

Beim Ratsgipfel im Oktober drängte Ratspräsident Tusk darauf, Italien möglichst große Unterstützung zukommen zu lassen. Gleichzeitig forderte er, wie auch Kommissionspräsident Juncker und Außenbeauftragte Mogherini, höhere langfristige Entwicklungshilfen für Afrika. Um die internen und externen Kosten durch illegale Migration besser bewältigen zu können, schlug Tusk im Vorfeld des Dezember-Gipfels vor, diese Ausgaben im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen der EU speziell zu berücksichtigen.

Während die Mitgliedsstaaten bei der Sicherung der Außengrenzen bereits große Fortschritte erzielen konnten und auch im Hinblick auf Entwicklungshilfen für Afrika eine grundsätzliche Einigkeit zu bestehen scheint, bleibt die interne Verteilung der nach wie vor ankommenden Flüchtlinge ein sehr kontroverses Thema. Das sogenannte Dublin-System, welches vorsieht, dass der aufnehmende Mitgliedsstaat für den Asylantrag eines Migranten zuständig ist, erwies sich im Jahr 2015 als praktisch untauglich und wurde durch Entscheidungen einzelner Mitgliedsstaaten faktisch außer Kraft gesetzt. Die EU-Kommission und insbesondere Deutschland bemühen sich seitdem um eine Reform dieses Systems und die Einführung permanenter Quoten, nach denen Flüchtlinge in der EU verteilt werden. Gegen den Widerstand einiger zentral- und osteuropäischer Länder beschloss der Rat der EU im September 2015 zunächst die temporäre Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen nach Quoten. Bis zum September 2017 wurden jedoch insgesamt nur rund 27.000 Flüchtlinge umverteilt. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik lehnen es nach wie vor, sich an der Umverteilung zu beteiligen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

Ergebnisse:

Für Aufregung vor dem Gipfel sorgte Ratspräsident Tusk, der in einem internen Entwurf schrieb, „nur die Mitgliedsstaaten“ könnten effektiv mit der Migrationskrise umgehen und zu dem Schluss kam, der Ansatz mit Quoten sei „ineffektiv“ gewesen. Mehrere Staaten, darunter Deutschland, Italien und Schweden, zeigten sich deutlich irritiert durch diese Aussagen. Der für Migrationsfragen zuständige Kommissar Dimitris Avramopoulos sprach sichtlich erzürnt von einem „inakzeptablen“ und „anti-europäischen“ Papier. Vor der Veröffentlichung wurde das Papier noch einmal angepasst und sprach letztlich von einer gemeinschaftlichen Aufgabe zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten.

Auch während des Gipfels äußerten mehrere Teilnehmer direkte Kritik an Tusk. Bundeskanzlerin Merkel nannte die von Tusk erarbeitete Diskussionsgrundlage „nicht ausreichend“ und weiter: „Wir brauchen Solidarität nach innen. Eine selektive Solidarität kann es unter den europäischen Mitgliedsstaaten nicht geben. Das jetzige Dublin-System funktioniert überhaupt nicht.“ Einige Teilnehmer scheinen sich jedoch auch verdeckt positiv über Tusks Wortwahl geäußert zu haben.

Am Rande des Gipfels traf sich Kommissionspräsident Juncker mit den Regierungschefs der Visegrád-Gruppe. Die Visegrád-Staaten sicherten Italien beim Umgang mit der zentralen Mittelmeerroute finanzielle Hilfen und operationale Unterstützung zu. Juncker, der sich in der vergangenen Zeit um eine positive Beziehung zu der Visegrád-Gruppe bemüht hatte, sprach während des Gipfels jedoch auch wieder von der Möglichkeit, eine Quotenregelung notfalls durch eine Mehrheitsentscheidung einzuführen.

Kommentar:

Der Dezember-Gipfel machte deutlich, wie wenig Fortschritt die EU in der emotionalen Frage der Umverteilung von Flüchtlingen erzielt hat. Tusk polarisierte vor dem Gipfel mit seinen Aussagen über eine Quotenregelung und verfolgte damit das selbstgesetzte Ziel, kontroverse Punkte direkt zu

thematisieren. Die unterschiedlichen Reaktionen der Teilnehmer – von offener Empörung bis zu stillschweigendem Einverständnis – zeigen, wie schwierig es wird, eine Einigung bis Mitte des Jahres 2018 zu erzielen, wie es Tusks Fahrplan vorsieht.

4. Außenbeziehungen der EU

Während des Abendessens tauschten sich die Staats- und Regierungschefs zu außenpolitischen Themen aus. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel brachten die Gipfelteilnehmer auf den neuesten Stand zur Umsetzung des Minsker Abkommens.

Hintergrund:

Nach wie vor macht die EU Russland als Hauptakteur für die negativen Entwicklungen in der Ukraine verantwortlich, allen voran die völkerrechtswidrige Annexion der Krim. Diesbezüglich hat die EU seit März 2014 verschiedene restriktive Maßnahmen gegen Russland verhängt:

- Diplomatische Maßnahmen (bspw. die Aussetzung der Verhandlungen über den Beitritt Russlands zur OECD);
- Einfrieren von Vermögenswerten und Verhängung von Reisebeschränkungen (derzeit für 150 Personen und 38 Organisationen). Diese wurden zuletzt im September 2017 bis zum 15. März 2018 verlängert;
- Beschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen zur Krim und zu Sewastopol (bspw. Einfuhrverbote für Waren aus diesen Regionen oder Beschränkungen für den Handel und Investitionen). Diese wurden zuletzt im Juni 2017 bis zum 23. Juni 2018 verlängert;
- Wirtschaftssanktionen gegen den Handelsaustausch mit Russland in bestimmten Wirtschaftszweigen. Im März 2015 beschloss die EU, diese direkt von der (vollständigen) Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk abhängig zu machen. Zuletzt wurden dies im Juni 2017 verlängert und laufen am 31. Januar 2018 aus.

Die Bundeskanzlerin und der französische Präsident sprachen über die Probleme, die weiterhin in der Ukraine herrschen. Allen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

voran die Krisensituation in der Ostukraine. Von der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sei man noch weit entfernt. Immer wieder kommt es zu Gefechten mit Todesfolge in der Ostukraine. Die Diskussionen auf dem Gipfel waren teils kontrovers. Merkel bezog klare Stellung gegen die Aufhebung der Sanktionen, dies würde „das falsche Signal an Moskau senden“, so die Bundeskanzlerin. Dagegen wurde argumentiert, dass die Sanktionen nicht ewig aufrechterhalten werden können. Eine Aufhebung wäre jedoch ein Geschenk an Putin, wozu in der derzeitigen Lage, niemand bereit sei.

Die Jerusalemfrage

Als weiterer Themenpunkt rückte das Thema „Jerusalem“ auf die Tagesordnung. Dies war von Tusk zunächst nicht intendiert gewesen, entsprach jedoch dem ausdrücklichen Wunsch einiger Staats- und Regierungschefs, darunter Charles Michel (Belgien) und Emmanuel Macron (Frankreich). Michel kommentierte im Rahmen des Abendessens die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, die amerikanische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen und diese als Hauptstadt Israels anzuerkennen. Hintergrund war unter anderem, dass sich einige Mitgliedsstaaten nicht vollständig mit der Aussage der Hohen Vertreterin identifizieren konnten. Diese sprach unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung davon, dass die EU in ihrer Meinung geeint sei, dass dies einen falschen Schritt darstelle. Einige Mitgliedsstaaten, wie Ungarn oder die Tschechische Republik, sehen die Bewertung dieser Frege mehr in ihren eigenen Hauptstädten anstatt in Brüssel.

Ergebnisse:

Im Hinblick auf die nach wie vor kritische Situation in der Ostukraine und die nachgewiesenen Verstöße gegen das Minsker Abkommen – teilweise durch beide Seiten aber maßgeblich durch Russland – veranlassten die Staats- und Regierungschefs, die Wirtschaftssanktionen, welche bis zum 31. Januar 2018 liefen, um weitere sechs Monate zu verlängern. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten zudem ihre Haltung

gegenüber einer Zwei-Staaten-Lösung mit Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt.

5. Wirtschafts- und Währungsunion

Die Debatte am Freitagmorgen bezüglich der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wurde von Ratspräsident Tusk explizit als eigener „Eurogipfel“ ausgerufen; zudem in einem „inkluisiven“ Format. Das bedeutet, dass neben den 19 anwesenden Staats- und Regierungschefs der Euroländer, die sechs Länder in Person ihrer politischen Führer teilnahmen, die Mitunterzeichner des Fiskalpaktes sind. Zusätzlich fanden sich noch die Premierminister Tschechiens (hat den Vertrag bereits unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert) und Kroatiens (wird den Vertrag in Kürze unterzeichnen) in Brüssel ein. Somit waren bis auf Großbritannien alle 27 EU-Staaten vertreten.

Präsident Tusk sprach in der „WWU-Leaders' Agenda“ davon, dass dieser WWU-Gipfel „anders als die vorherigen“ sei. Es müsse keine Krise [unmittelbar] bewältigt werden, zudem sei die wirtschaftliche Situation der Union außerordentlich gut: solider Aufschwung nebst Wirtschaftswachstum, geringste Arbeitslosenquote seit 2008 und höchster Geschäftsklimaindex seit dem Jahr 2000, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dies griffen auch der EZB-Präsident Mario Draghi und der (noch) Eurogruppenvorsitzende Jeroen Dijsselbloem in ihren Vorträgen am Freitagmorgen auf. Die darauffolgende Diskussion entsprach größtenteils der Leaders' Agenda des Ratspräsidenten. Diese sorgte bereits vor dem Treffen der Scherpas am vergangenen Montag für hitzige Diskussionen. Insgesamt sprachen 23 der 27 Scherpas, wie aus internen Quellen zu hören war. Die Diskussionsthemen orientierten sich vorrangig an den Punkten, bei denen bereits Einigkeit bestand, wie:

- Implementierung eines gemeinsamen Backstops für den Single Resolution Fund (SRF) – als Teil des einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) und in Verbindung damit
- die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), verankert im EU-Rechtsrahmen und basierend auf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

der Struktur des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie

- die Vollendung der Bankenunion im Rahmen der Roadmap des ECOFIN-Rates aus Juni 2016; maßgeblich im Bereich der Risikoreduzierung und der stufenweise Einführung eines einheitlichen Einlagensicherungssystems.

Geographische Gräben

Weniger Übereinstimmung existierte in Bezug auf die Einrichtung eines europäischen Finanzministers und die Definition seines Kompetenzrahmens, die Errichtung einer Fiskalkapazität für die WWU sowie der Vereinfachung der fiskalischen Regeln innerhalb der WWU. Tusk sagte, dass der geographische Graben hier vornehmlich zwischen Nord- und Südeuropa verläuft. Merkel ergänzte, dass es auch um Wettbewerbsfähigkeit gehe: „Wir brauchen Kohärenz zwischen den einzelnen Volkswirtschaften in der Eurozone.“ Es zähle nicht nur das Geld, sondern auch die Effizienz der Verwaltung bzw. deren Strukturen, so die Kanzlerin.

Die Vorstellungen Italiens weichen hiervon ab. Rom möchte den ESM explizit im EU-Recht verankern und die Zahlungen an einen Automatismus binden. Dieser solle im Falle eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit aktiviert werden. Grund: Dadurch würde das sog. *moral hazard*-Risiko vermindert, da es der politischen Sphäre entzogen wird. Der irische Premierminister, Leo Varadkar, äußerte sich weniger fundamental als vielmehr pragmatisch: „Wir müssen die Eurozone stärken, um die Spareinlagen der Menschen zu sichern.“ Allerdings sollte in diesem Zuge auch über eine grenzüberschreitende Risikoteilung gesprochen werden, so Varadkar.

Der niederländische Premierminister, Mark Rutte, unterstrich die Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten in der Haushaltskonsolidierung: „Jeder Mitgliedsstaat muss zu seinen abgegebenen Verpflichtungen stehen und die notwendigen Reformen implementieren.“

Das Nikolauspaket

Die Diskussionspunkte basieren auf verschiedenen Vorschlägen. Zum einen auf jenen von Macron und auch Schäuble/Merkel (insbesondere im Hinblick auf die Umwandlung des ESM in einen EWF), zum anderen auf dem sog. Nikolauspaket der Europäischen Kommission. In diesem werden zwei der bereits vorgenannten Punkte (EWF, europäischer Wirtschafts- und Finanzminister) genannt. Zusätzlich soll der Stabilitäts- und Wachstumspakt in das EU-Recht überführt werden. Weiterhin enthält es eine Mitteilung über die Schaffung neuer Haushaltsinstrumente wie bspw. ein Instrument zur Umsetzung von Reformen und technische Unterstützung (auf Antrag der Mitgliedsstaaten) oder eine besondere Konvergenzförderung für Mitgliedsstaaten, die dem Euro beitreten möchten. Die Kommission verbindet diese vier Initiativen mit der Bitte an das Parlament und den Rat, diese bis Mitte 2019 anzunehmen. Gleichzeitig wird festgehalten, dass dies weder der erste noch der letzte Schritt zur Vollendung der WWU sei, sondern letztlich auf dem Prinzip von Solidarität und Verantwortung fuße.

Schlussfolgerungen wurden hierzu nicht getroffen. Man einigte sich lediglich darauf, dass dies als weiterer – nicht erster – Schritt auf dem Weg zur Vollendung der WWU zu sehen ist. Der nächste soll sodann auf dem Gipfel am 28./29. Juni 2018 unternommen werden, wo erste Entscheidungen zu den vorgenannten Punkten erwartet werden.

Personalrochade

Die Staats- und Regierungschefs bestätigten die Wiederwahl der Vorsitzenden des Single Resolution Boards (SRB), Elke König. Die Deutsche, die den Posten bereits drei Jahre innehat, wurde für weitere fünf Jahre in ihrem Amt bestätigt.

Ebenso wurde der Vorsitzende der Arbeitsgruppe der Eurogruppe gewählt. Nachdem der Finne Tuomas Saarenheimo seine Kandidatur am Donnerstag zurückgezogen hat, fiel die Wahl auf den nunmehr einzigen Kandidaten, den Niederländer Hans Vijbrief, der das Amt für zwei Jahre ausübt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

Die Arbeitsgruppe zur Eurogruppe setzt sich aus hochrangigen Beamten der Euromitgliedsländer sowie solchen der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank zusammen. Sie bereitet die Sitzungen der Eurogruppe vor.

Kommentar:

Ein häufiger Diskussionspunkt in den Gesprächen während des Gipfels, aber auch im Vorfeld im Rahmen des Scherpa-meetings, stellte die Frage nach der Handlungsfähigkeit Deutschlands dar. Obwohl vorab zu hören war, dass man nicht auf Deutschland warten würde, war man über das mehrfache Insistieren der deutschen Vertreter in der Runde der Gipfel-Sherpas, dass die Bundesregierung sich derzeit weder in der Substanz noch zum Zeitplan festlegen könne, nicht sehr erfreut. Auch das mag ein Grund dafür sein, warum jetzt „lediglich“ ein Zeitrahmen festgesetzt bzw. konkretisiert worden ist.

Das Nikolauspaket der Kommission greift tendenziell sowohl Vorschläge aus Paris als auch aus Berlin auf. Diese versieht sie allerdings mit der Maßgabe, dass Entscheidungsstrukturen in Brüssel gebündelt werden sollten und nicht auf Ebene der WWU (Paris) oder im Rahmen zwischenstaatlicher Verträge (Berlin). Ebenso soll nach Meinung der Kommission der EWF als Letztsicherung für die Bankenunion genutzt werden. Dies sieht auch Italien so, wenngleich noch stringenter.

Die vorgelegten Vorschläge greifen die großen Linien der weiteren Vertiefung der WWU bzw. der Bankenunion auf. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, schwillt die nächste (Griechenland-)Krise doch schon unter der Oberfläche. Dennoch sollte bei all diesen Überlegungen die Debatte über Risikoteilung, was unter anderem die Eigenkapitalunterlegung von Banken bzw. Staatsanleihen betrifft wie auch die Einrichtung von nationalen Einlagensicherungssystemen, weiterhin und vor allem konsequent geführt werden.

Die von Tusk angesprochene „geographische“ Trennung zwischen Nord- und Südeuropa lässt an alte Krisenzeiten/-gipfel

erinnern. Die von Rom vorgetragene Erklärung, durch den im ESM verankerten Automatismus das *moral hazard*-Risiko zu mindern, ist eine gewagte These. Ist doch gerade das Gegenteil der Fall.

Das Thema des europäischen Wirtschafts- und Finanzministers weist mit am größten Diskussionspotenzial auf und wird die Staats- und Regierungschefs noch länger beschäftigen. Es bleibt zu hoffen, dass im Juni 2018 mehr Konsens über Grundsätzliches besteht und man keinen weiteren WWU-Gipfel im Rahmen einer Krise abhalten muss.

6. Brexit-Verhandlungen

Hintergrund:

Noch im Oktober äußerten sich die Staatsoberhäupter zurückhaltend und teilweise kritisch über das Voranschreiten der Brexit-Verhandlungen, in denen es bisher ausschließlich um die Modalitäten des britischen Austritts aus der EU geht. Es schien an konkreten Fortschritten, ehrlichem Gesprächswillen und realistischen Zukunftsperspektiven zu mangeln. Auch die sechste Verhandlungsrunde der Chefunterhändler im November war von Stagnation geprägt und die Forderung der EU nach Fortschritten im Bereich der Bürgerrechte, der Irland-Frage und der Finanzregelung blieb weiter unerfüllt. Noch Anfang Dezember betonte Ratspräsident Tusk, dass die EU die Gefährdung des *Good Friday Agreements* durch die Einführung einer harten Grenze nicht erlauben dürfe.

Kurz vor dem Europäischen Ratsgipfel, am 08. Dezember reiste die britische Premierministerin Theresa May noch einmal nach Brüssel, wo es ihr gelang, sich mit den Verhandlungsführern der Europäischen Kommission auf die entscheidenden Elemente zu einigen. Noch am selben Tag empfahl die Kommission dem Europäischen Rat, ausreichende Fortschritte in den Verhandlungen zu konstatieren und damit den Übergang in die zweite Phase der Verhandlungen zu ermöglichen, in dem nun auch die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU-27 und dem vereinigten Königreich besprochen werden

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
 OLIVER MORWINSKY
 JOHANNA FLEGER
 MATHIAS KOCH

Dezember 2017

wird. Juncker sprach in diesem Zusammenhang von einem „fairen Deal“.

Nur wenig Stunden nach diesem Durchbruch wurde das Ergebnis jedoch bereits wieder vom Britischen Brexit-Minister David Davis in Frage gestellt, indem er erklärte, es handle sich nur um eine „Absichtserklärung“, die nicht bindend sei. Zusätzliche Unsicherheit entstand am Vorabend des Gipfels durch eine Abstimmung des Britischen Unterhauses, das sich gegen den Willen der Regierung ein Mitspracherecht am finalen britisch-europäischen Abkommen zusicherte. Konkret könnte das Mitspracherecht des Parlaments in einer Ablehnung des Abkommens enden, verbunden mit der Forderung, die Gespräche mit der EU weiterzuführen und die zweijährige Ausstiegszeit zu verlängern.

Ergebnisse:

Der Europäische Rat folgte dem Vorschlag der Kommission, begrüßte die kürzlich erzielten Fortschritte und erkannte diese als ausreichend für einen Übergang zur zweiten Verhandlungsphase an. Weiterhin wurde jedoch gefordert, offene Aspekte möglichst schnell zu thematisieren und das Vereinbarte in einem Austrittsabkommen zu konsolidieren. Unmissverständlich klar machte der Rat, dass im Falle einer Übergangsphase das Vereinigte Königreich weiter in vollem Umfang an den EU-Acquis gebunden bleibt, ohne selbst weiterhin ein Mitspracherecht darüber zu besitzen. Dies gelte insbesondere auch für die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofes. Der Europäische Rat wird nun bis zum März-Gipfel Leitlinien für die Verhandlungen über eine Übergangsphase beschließen.

Kommentar:

Trotz der ersten Einigung zwischen den Gesprächspartnern stehen die schwierigen Gespräche über die zukünftige Partnerschaft erst noch bevor. Wie Manfred Weber, Fraktionsvorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, im Vorfeld zu den Ratgesprächen betonte: „Das Risiko eines *no deal* ist weiterhin ein realistisches Szenario“. Ein Mangel an konkreten Zukunftsvisionen der Briten für die Zeit nach dem Austritt gepaart mit dem erneuten Autoritätsverlust,

den die britische Regierung durch das Abstimmungsergebnis im Parlament erlitten hat, stellt den Brexit weiterhin auf wackelige Füße. Bemerkenswert ist, mit welcher Geschlossenheit die EU-27 einem möglichen britischen „*Cherry Picking*“ gegenübertraten. Dies ist nicht zuletzt Ratspräsident Tusk zu verdanken, der sich allen Bereichen für einen Zusammenhalt der EU-27 einsetzt. Doch Tusk weiß: „Der wirkliche Test für unseren Zusammenhalt wird die zweite Verhandlungsphase.“ Der britischen Hoffnung, dass diese Verhandlungen schnell beginnen, erteilte der Rat eine indirekte Absage.

7. Abschlusspressekonferenzen

In den abschließenden Pressekonferenzen sprach Tusk davon, dass das Dublin-System reformiert werden müsse, darüber seien sich alle einig. Kommissionspräsident Juncker unterstrich dies. Im Bereich der Reform der WWU entgegnete er den Kritikern, die der Meinung sind, dass das Thema der Risikoreduzierung nicht hinreichend angegangen wird mit einem Verweis auf zwei Statistiken: Zum einen seien die Banken heutzutage mit mehr Eigenkapital unterlegt als noch vor etlichen Jahren. Zudem habe die Zahl der notleidenden Kredite abgenommen. „Sie sind noch vorhanden, aber weniger geworden“, so Juncker.

Deutsch-Französischer Motor

Merkel und Macron gaben zum zweiten Mal seit dem Amtsantritt von Macron eine gemeinsame Pressekonferenz. Dies war vorab nicht geplant und kann als deutliches Zeichen eines intakten und motivierten deutsch-französischen Motors gewertet werden.

In der gemeinsamen Pressekonferenz bekräftigte Merkel den Absicht beider Länder, mehr Konvergenz innerhalb der WWU herzustellen. Das sei sowohl die Ansicht von Macron als auch von ihr. Zudem habe sie den Willen dazu und „wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, so Merkel. Es gebe zwar teils unterschiedliche Sichtweisen, aber die habe es auch schon bei der Gründung der EZB oder der Konzeption des Stabilitäts- und Wachstumspakts gegeben. Die Ziele

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
OLIVER MORWINSKY
JOHANNA FLEGER
MATHIAS KOCH

stimmen auf beiden Seiten des Rheins überein. Macron unterstrich noch einmal seine Ziele für die EU, die da sind: Souveränität, Einigkeit und Demokratie.

Dezember 2017